

Spurensuche

Der Osten, eine »Kolonie«?
In Dresden spürten Historiker
einer Geschichte nach, die nicht
vergehen will. **Seiten 20 und 21**



Frontgefühle

Arkadij Babtschenko spricht
über seine fingierte Ermordung
in Kiew – und sieht sich im
Recht. **Seite 14**

Foto: Reuters/Vitalii Nosach

Stadt im Griff

Wie sich Mieterinnen und Mieter
gegen steigende Wohnkosten wehren



Foto: photocase/zettberlin

Die Immobilienwirtschaft und die ihr verbundenen Parteien sind ganz aus dem Häuschen. Sie bangen um ihre Häuser. Denn das Berliner Volksbegehren »Deutsche Wohnen & Co enteignen« sorgt seit Monaten für Aufsehen. Und das, obwohl die Unterschriftensammlung erst an diesem Samstag beginnen soll. Die Initiative fordert die Enteignung gewinnorientierter Immobilienkonzerne, die jeweils über 3000 Wohnungen in Berlin besitzen. Die Initiatoren beziehen sich auf Artikel 15 des Grundgesetzes: »Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung

durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.«

Angewandt wurde dieser Paragraf noch nie. Im Gegensatz zum bekannteren Enteignungsartikel 14 des Grundgesetzes. In Absatz 3 steht dort geschrieben: »Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.« Auf dieser Basis werden benötigte Flächen für Infrastrukturprojekte wie Deiche oder Autobahnen gegen Entschädigung enteignet. Eine gängige Praxis seit Jahrzehnten. Angesichts der Enteignungsdebatte hat Michael Theurer, Vizechef

der FDP-Fraktion im Bundestag, nun eine Grundgesetzänderung vorgeschlagen. »Eine Streichung des Artikel 15 GG würde die Achtung des Gesetzgebers vor dem Eigentum dokumentieren«, sagte Theurer dem »Handelsblatt«. Der Staat könne damit zeigen, dass sich wirtschaftspolitische Ziele mit der Vergesellschaftung unter anderem von Produktionsmitteln und Vermögen nicht erreichen ließen.

»Die ständigen Forderungen aus der linken Ecke nach Enteignungen von Immobilienbesitzern sind eine schwachsinnige Debatte von vorgestern«, sagt auch Bayerns Bauminister Hans Reichhart (CSU). Es ent-

stehe dadurch keine einzige zusätzliche preiswerte Wohnung, ist stets das Argument. »Wir können als öffentliche Hand nicht so viel Neubau subventionieren, wie an günstigem Bestand wegfällt«, entgegnet der Berliner Abgeordnete Michail Nelken (Linkspartei). Gegen den Mietenwahnsinn wollen bundesweit an diesem Samstag Zehntausende auf die Straße gehen.

Wir schildern in dieser Ausgabe die Debatte über das Volksbegehren, stellen die Arbeit und Erfolge von Menschen vor, die sich für die Rechte von Mietern einsetzen und fragen, was die Bundespolitik bislang getan hat. *Nicolas Süstr* **Seiten 4, 5, 8, 25, 26**

Vorreiterin

Kristina Hänel wurde wegen »Werbung« für Abtreibungen verurteilt – ein Gespräch darüber, was dann folgte. **Seite 32**



Nestbeschmutzer

»Wo die Rechnungen ankommen«:
Thomas Ebermann auf »Heimat«-Tour. **Seite 10**



Tunnelblicker

Sechs Meter unter der Erde verläuft die Berliner Kanalisation. Wo sie nicht begehbar ist, helfen Kameras. Ein Besuch. **Seite 16**